

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

INHALT

- | | |
|--|--|
| 27. Berechtigung zur Durchführung einer Kommunalsteuerprüfung durch die Gemeinde | 29. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juni 2023 |
| 28. Beschluss des Verwaltungsgerichtshofes vom 31.03.2023 - Kein Spielraum für mathematische Rundungen bei Dichtefestlegungen in Bebauungsplänen | 30. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juni 2023
<i>Verbraucherpreisindex für April 2023 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

27.

Berechtigung zur Durchführung einer Kommunalsteuerprüfung durch die Gemeinde

Der Verwaltungsgerichtshof hat sich in seiner Entscheidung vom 29. März 2023, Ra 2021/15/0015-5, über die Berechtigung zur Durchführung einer Kommunalsteuerprüfung durch die Gemeinde auseinandergesetzt. § 14 Abs. 1 des Bundesgesetzes, mit dem eine Kommunalsteuer erhoben wird (Kommunalsteuergesetz 1993 - KommStG 1993), BGBl. Nr. 819/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 93/2022, sieht in Bezug auf die Kommunalsteuerprüfung Folgendes vor:

„Die Prüfung der für Zwecke der Kommunalsteuer zu führenden Aufzeichnungen (Kommunalsteuerprüfung) ist nach Maßgabe des § 86 EStG 1988 bzw. des § 41a ASVG durchzuführen. Die Gemeinden sind berechtigt, in begründeten Einzelfällen eine Kommunalsteuerprüfung anzufordern. Wird der Anforderung weder von einem Finanzamt noch von der Österreichischen Gesundheitskasse innerhalb von drei Monaten Folge geleistet, hat die Gemeinde das Recht, eine Kommunalsteuerprüfung nach den Vorschriften der Bundesabgabenordnung über Außenprüfungen durchzuführen. In diesem Fall sind das für die Erhebung

der Lohnsteuer zuständige Finanzamt und die Österreichische Gesundheitskasse von der Prüfung zu verständigen.“

Mit Nachschauauftrag vom 22. August 2018 wurde ein Prüfer für Gemeindeabgaben einer Stadtgemeinde beauftragt, eine Nachschau im Sinne des § 14 Abs. 1 Kommunalsteuergesetz 1993 bei einer GmbH (revisionswerbende Partei) für 1. Jänner 2013 bis 31. Dezember 2017 vorzunehmen. Der Nachschauauftrag wurde der GmbH am 22. August 2018 zur Kenntnis gebracht; gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass die für die Nachschau benötigten Unterlagen die Jahreslohnkonten und Jahresabschlüsse der Jahre 2013 bis 2017 umfassten.

Mit E-Mail vom 28. August 2018 wurden dem Prüfer die Betriebsjahreslohnkonten für die Jahre 2013 bis 2017 übermittelt. Mit E-Mail vom 30. August 2018 mahnte der Prüfer die Einzeljahreskonten, die Jahresabschlüsse und den unterfertigten Nachschauauftrag ein. Mit E-Mail vom 30. August 2018 teilte die GmbH mit, dass keine weiteren Unterlagen zur Verfügung gestellt würden.

Die Stadtgemeinde verhängte daraufhin gemäß § 111 BAO über die GmbH eine angedrohte Zwangsstrafe in Höhe von 200 Euro.

Dagegen erhob die GmbH Beschwerde, worin sie ausführte, dass die Gemeinden zur Durchführung einer Kommunalsteuerprüfung seit dem 2. Abgabenänderungsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 132/2002, nicht mehr zuständig seien. Eine Nachschau im Zusammenhang mit der Kommunalsteuer sei lediglich auf eine cursorische Prüfung begrenzt, nämlich ob alle Dienstnehmer angemeldet seien und in einer fachkundig geführten Lohnverrechnung erfasst würden. Die Prüfung, ob alle lohnabhängigen Abgaben richtig erfasst worden seien, sei dagegen als Kommunalsteuerprüfung im Sinne des § 14 KommStG zu werten und ausschließlich dem Finanzamt oder Sozialversicherungsträger vorbehalten.

Das Landesverwaltungsgericht stellte daraufhin fest, dass die Möglichkeit einer Nachschau durch die kommunale Abgabenbehörde durch die gemeinsame Prüfung unberührt geblieben sei. Die Nachschaumöglichkeit der Gemeinden berücksichtige auch, dass die Abgabenbehörden an die Prüfergebnisse des Finanzamtes und der Sozialversicherungsträger nicht gebunden und daher berechtigt seien, den abgabenrechtlich relevanten Sachverhalt selbst festzustellen.

Zudem könnten durch das Nachschaurecht der Gemeinden Prüfungslücken vermieden werden und gewährleiste das Nachschaurecht die Abgabenadministration der Kommunalsteuer im Abgabenhoheitsrecht der Gemeinden. Die Nachschau iSd. Landesabgabenordnungen umfasse im Wesentlichen dieselben Prüfungsbefugnisse wie eine Außenprüfung iSd. § 147 BAO (Hinweis auf Ritz, BAO § 147 Rz 21), weshalb die Behörden auch berechtigt seien, Unterlagen, Bücher und Aufzeichnungen zu verlangen. Beschränkt sei das Recht auf Nachschau der Gemeinden nur dadurch, dass eine Doppelprüfung iSd. § 148 Abs. 3 BAO unzulässig sei. Für den Nachschauzeitraum habe es jedoch weder eine Prüfung durch das Finanzamt noch durch den Sozialversicherungsträger gegeben.

Daraufhin erhob die GmbH Revision an den Verwaltungsgerichtshof. Dieser stellt in seiner Entscheidung vom 29. März 2023, Ra 2021/15/0015-5, zum § 14 KommStG Folgendes fest:

Im Erkenntnis vom 7. Juli 2011, 2009/15/0223, hat sich der Verwaltungsgerichtshof bereits mit den schon damals geäußerten Bedenken auseinandergesetzt, die Befugnisse der Organe der Kommunalsteuerprüfung würden sich mit jenen der zur Nachschau berechtigten Gemeindeorgane unzulässig überschneiden.

Dazu hat der Verwaltungsgerichtshof bereits darauf hingewiesen, dass die **Zuständigkeitsverteilung betreffend Kommunalsteuer** vom Gesetzgeber insofern exakt, klar und eindeutig geregelt ist, als diese Zuständigkeit **den Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich** zugeordnet ist. § 14 KommStG sieht dabei lediglich vor, dass die Prüfung der Bemessungsgrundlage gemeinsam (für Finanzamt, Krankenversicherung und Gemeinde) erfolgen soll. Mit der einheitlichen Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben soll die administrative Belastung der Arbeitgeber vermindert und gleichzeitig erhebliche Synergieeffekte in der Verwaltung realisiert werden. Der Prüfer hat hierbei die Eigenschaft eines Gutachters; die Kommune ist an die Prüfungsfeststellungen (das Gutachten) des Prüfers nicht gebunden, sondern kann davon abweichen.

Entgegen dem Revisionsvorbringen enthält § 14 KommStG damit jedoch **keine exklusive Zuordnung der Prüfungskompetenz für die Kommunalsteuer zu Finanzamt und Krankenversicherungsträger**. Eine solche Sichtweise würde außer Acht lassen, dass die Kommunalsteuer den Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich zugeordnet ist und die Gemeindebehörden weiterhin die zuständigen entscheidungsverantwortlichen Abgabenbehörden im Kommunalsteuerverfahren sind. Zwar trifft es zu, dass § 14 KommStG die Kommunalsteuerprüfung auch als selbstständige Aufgabe des für die Lohnsteuerprüfung zuständigen Finanzamtes (§81 EStG 1988) und des für die Sozialversicherungsprüfung zuständigen Krankenversicherungsträgers definiert und die Gemeinde zudem berechtigt, in begründeten Einzelfällen eine Kommunalsteuerprüfung durch diese anzuregen.

Diese gesetzlich normierte Unterstützung der Gemeinden durch andere Behörden kann aber nicht als Ausschluss der Gemeindebehörden als zuständige Abgabenbehörden von zentralen Ermittlungshandlungen verstanden werden (vgl. auch VfGH 13.

Dezember 2019, G 78-81/2019, VfSlg. 20361, Rz 264 zu Sozialversicherungsbeiträgen: „Ein Regelungssystem, das dem in einem Verwaltungsverfahren im eigenen Wirkungsbereich entscheidenden Selbstverwaltungskörper praktisch jeden Einfluss auf Art und Umfang des Ermittlungsverfahrens nimmt, ist unsachlich und

widerspricht im konkreten Zusammenhang Organisationsprinzipien der Selbstverwaltung“).

Die Verhängung der Zwangsstrafe gemäß § 111 BAO begegnete sohin keinen vom Verwaltungsgerichtshof aufzugreifenden Bedenken.

28.

Beschluss des Verwaltungsgerichtshofes vom 31.03.2023 - Kein Spielraum für mathematische Rundungen bei Dichtefestlegungen in Bebauungsplänen

Das Landesverwaltungsgericht Tirol hat sich in seiner Entscheidung vom 22.12.2022, LVwG-2022/31/1375-2, mit der Frage auseinandergesetzt, ob bei der Berechnung von Dichtefestlegungen Rundungsmöglichkeiten bestehen. Dieser Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Mit dem vom Beschwerdeführer bzw. in weiterer Folge Revisionswerber bekämpften Bescheid des Bürgermeisters wurde ein Änderungsansuchen gemäß § 34 Abs 3 lit a Z 2 TBO 2018 (nunmehr wiederverlautbart als Tiroler Bauordnung 2022) ohne weiteres Verfahren abgewiesen. Der Begründung des bekämpften Bescheides war zu entnehmen, dass ein Bauansuchen ohne weiteres Verfahren abzuweisen sei, wenn aufgrund des Ansuchens offenkundig sei, dass das Bauansuchen dem Bebauungsplan widerspreche. Durch die geplante Änderung des Verwendungszwecks von Lager und Keller in „Aufenthaltsraum“ im Untergeschoss werde die Wohnnutzfläche erhöht. In der Berechnung laut Bauansuchen sei eine Wohnnutzfläche von 369,05 m² ausgewiesen. Die Grundstücksgröße betrage 842 m². Somit ergebe sich eine Nutzflächendichte von 0,438. Im gültigen Bebauungsplan für das Baugrundstück sei eine Nutzflächendichte höchst von 0,4 gemäß § 61 Abs 5 TROG 2016 (nunmehr wiederverlautbart als Tiroler Raumordnungsgesetz 2022) ausgewiesen.

Diese Entscheidung wurde seitens der Baubehörde unter Zugrundelegung einer Rechtsauskunft des Amtes der Tiroler Landesregierung getroffen, wonach bei der Berechnung der Dichtefestlegung im Sinne des TROG 2016 keine Rundungsmöglichkeiten bestünden und eine mathematische Rundung nicht zulässig sei. Diese Ansicht

sei nach Auffassung des Beschwerdeführers nicht haltbar. Dieser brachte vor, dass es zwar zutreffen möge, dass im TROG 2016 oder im verfahrensgegenständlichen Bebauungsplan nicht ausdrücklich „Rundungsmöglichkeiten“ vorgesehen seien, dies lasse jedoch keineswegs den Schluss zu, dass eine mathematische Rundung unzulässig sei. Vielmehr müsse gelten, dass eine Rundung von Zahlen nach allgemein gültigen mathematischen Grundregeln dort geboten und zulässig sei, wo Raum für eine entsprechende mathematische Rundung bestehe und keine ausdrückliche entgegenstehende Anordnung getroffen worden sei. Es liege im Bereich von Dichtefestlegungen im Sinn des § 61 TROG 2016 in einem Bebauungsplan, also in den Händen der Gemeinden, wieviel Raum für entsprechende Rundungsmöglichkeiten belassen werde.

Das Landesverwaltungsgericht Tirol wies die Beschwerde als unbegründet ab, da die mittels Bebauungsplan festgelegte Nutzflächendichte höchst von „0,4“ einen präzisen Wert darlege, welcher bereits durch ein Bauvorhaben mit der Nutzflächendichte 0,4001 überschritten wäre, zumal das Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 keine Rundungsmöglichkeiten bei der Berechnung von Dichtefestlegungen vorsehe. Das konkret vorliegende Bauvorhaben überschreite somit die mittels Bebauungsplan festgelegte Nutzflächendichte, weswegen die Beschwerde gegen die Entscheidung der Baubehörde als unbegründet abzuweisen war.

Gegen die Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtes Tirol hat der Beschwerdeführer außerordentliche Revision erhoben.

Der Verwaltungsgerichtshof hat nunmehr die geteilte Rechtsauffassung der Baubehörde, des Landesverwaltungsgerichtes Tirol sowie der Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht in seinem Beschluss vom 31. März 2023, höchstgerichtlich bestätigt und die Revision als unzulässig zurückgewiesen. In seiner Entscheidung führt er diesbezüglich aus, dass weder der im Revisionsfall maßgebliche Bebauungsplan, noch die zu diesem Zeitpunkt in Geltung stehende Bestimmung des § 61 TROG 2016 Rundungsbestimmungen in Bezug auf die Berechnung der Nutzflächendichte vorsehen würden.

Die Gemeinde habe somit im Bebauungsplan keinen „Spielraum für die Normunterworfenen in Form einer mathematischen Rundungsmöglichkeit“ vorgesehen, sodass sich die vom Revisionswerber aufgeworfene Frage nach der Zulässigkeit einer solchen Vorgangsweise nicht stelle. Gemäß § 61 Abs. 5 TROG 2016 sei die Nutzflächendichte das zahlenmäßige Verhältnis zwischen der Nutzfläche und der Fläche des Bauplatzes; dass das Ergebnis dieses Rechenvorganges auf ganze Zahlen oder bestimmte Nachkommastellen zu runden wäre, werde nicht normiert. Aus der Rechtslage ergebe sich somit klar und eindeutig, dass durch die Festlegung einer höchstzulässigen Nutzflächendichte von „0,4“ alle über diesem Wert liegenden Werte unzulässig seien; eine solche Regelung sei auch ausreichend bestimmt, eine weitere Konkretisierung durch die Gemeinde demnach nicht erforderlich.

Ebenso wenig komme eine davon abweichende Interpretation durch die Baubehörde in Betracht, durch welche aufgrund einer mathematischen (Ab)Rundung des Ergebnisses der Berechnung der Nutzflächendichte auf eine Nachkommastelle die zulässige Nutzflächendichte erhöht würde (so ergebe sich im Revisionsfall bei einer dem Bauansuchen zugrundeliegenden NFD von 0,438 eine um 32,25 m² höhere Wohnnutzfläche gegenüber der bei Einhaltung einer NFD von 0,4 sich ergebenden Nutzfläche von 336,80 m²).

Durch diese Entscheidung vom 31.3.2023, Ra 2023/06/0028-5, wurde die Rechtsansicht der verordnungserlassenden Behörde sowie der Aufsichtsbehörde durch den Verwaltungsgerichtshof eindeutig bestätigt.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die dargestellte Rechtsprechung sinngemäß für sämtliche zahlenmäßige Festlegungsmöglichkeiten im Bereich des Bau- und Raumordnungsrechts, mit Ausnahme der Festlegungen nach der Stellplatzhöchstzahlenverordnung, welche explizite Vorschriften für die Rundung enthält (siehe § 1 Abs. 2, § 3 Abs. 2 und 3 Stellplatzhöchstzahlenverordnung 2015, LGBL. Nr. 99/2015), gilt.

*Mag.a Antoaneta-Toma Petkov
Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht*

29.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juni 2023

Ertragsanteile an	2022	2023	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	-919.724	-1.724.636	-804.912	-87,52
Lohnsteuer	25.938.047	27.058.125	1.120.078	4,32
Kapitalertragsteuer	2.277.150	2.251.273	-25.877	-1,14
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.055.717	698.671	-357.046	-33,82
Körperschaftsteuer	3.884.847	301.455	-3.583.392	-92,24
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	59	30	-29	-49,57
Stiftungseingangssteuer	25.918	11.106	-14.812	-57,15
Bodenwertabgabe	57.999	-10.577	-68.576	-118,24
Stabilitätsabgabe	101.774	97.100	-4.674	-4,59
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	32.421.787	28.682.546	-3.739.241	-11,53
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	17.467.205	23.544.279	6.077.075	34,79
Tabaksteuer	2.216.053	1.682.940	-533.113	-24,06
Biersteuer	155.698	141.714	-13.983	-8,98
Mineralölsteuer	3.910.821	1.976.550	-1.934.271	-49,46
Alkoholsteuer	115.568	120.588	5.019	4,34
Schaumweinsteuer	1.571	1.637	66	4,17
Kapitalverkehrssteuern	149	0	-149	-100,00
Werbeabgabe	61.628	61.907	280	0,45
Energieabgabe	714.614	-154.475	-869.089	-121,62
Normverbrauchsabgabe	298.882	387.700	88.818	29,72
Flugabgabe	68.352	151.750	83.398	122,01
Grunderwerbsteuer	13.776.075	10.037.427	-3.738.648	-27,14
Versicherungssteuer	1.037.845	1.113.562	75.717	7,30
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.054.374	2.088.394	34.021	1,66
KFZ-Steuer	11.660	10.309	-1.351	-11,59
Konzessionsabgabe	202.000	248.582	46.582	23,06
Summe sonstige Steuern	42.092.494	41.412.866	-679.628	-1,61
Kunstförderungsbeitrag	45.239	45.342	103	0,23
Gesamtsumme	74.559.520	70.140.754	-4.418.766	-5,93

30.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juni 2023

Ertragsanteile an	2022	2023	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	22.294.899	19.047.230	-3.247.668	-14,57
Lohnsteuer	162.597.150	168.466.374	5.869.224	3,61
Kapitalertragsteuer	15.385.857	13.254.060	-2.131.796	-13,86
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	7.713.912	3.113.721	-4.600.192	-59,64
Körperschaftsteuer	56.784.931	56.293.453	-491.478	-0,87
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.728	764	-964	-55,77
Stiftungseingangssteuer	297.430	147.241	-150.189	-50,50
Bodenwertabgabe	437.711	286.837	-150.874	-34,47
Stabilitätsabgabe	408.290	552.188	143.898	35,24
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	265.921.908	261.161.868	-4.760.040	-1,79
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	134.701.112	156.002.922	21.301.810	15,81
Tabaksteuer	10.294.513	10.155.620	-138.893	-1,35
Biersteuer	893.025	906.045	13.019	1,46
Mineralölsteuer	21.495.914	19.062.616	-2.433.298	-11,32
Alkoholsteuer	872.580	917.783	45.203	5,18
Schaumweinsteuer	9.869	8.077	-1.792	-18,16
Kapitalverkehrssteuern	4.052	37	-4.015	-99,09
Werbeabgabe	541.802	519.606	-22.196	-4,10
Energieabgabe	5.287.898	-650.043	-5.937.941	-112,29
Normverbrauchsabgabe	1.643.228	2.001.206	357.979	21,79
Flugabgabe	407.326	707.672	300.346	73,74
Grunderwerbsteuer	88.726.354	69.620.826	-19.105.528	-21,53
Versicherungssteuer	7.106.126	7.530.325	424.199	5,97
Motorbezogene Versicherungssteuer	12.416.700	12.179.638	-237.063	-1,91
KFZ-Steuer	299.592	295.025	-4.567	-1,52
Konzessionsabgabe	1.564.088	1.659.006	94.919	6,07
Summe sonstige Steuern	286.264.178	280.916.360	-5.347.817	-1,87
Kunstförderungsbeitrag	89.801	89.372	-428	-0,48
Gesamtsumme	552.275.886	542.167.600	-10.108.286	-1,83
Zwischenabrechnung	29.486.125	-4.592.364	-34.078.489	-115,57
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	581.762.011	537.575.236	-44.186.775	-7,60

VERBRAUCHERPREISINDEX		
für April 2023		
(vorläufiges Ergebnis)		
	März 2023	April 2023
	(endgültig)	(vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2020		
Basis: Durchschnitt 2020 = 100	118,8	119,7
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	128,5	129,5
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	142,3	143,4
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	155,9	157,0
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	172,3	173,6
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	181,3	182,7
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	237,0	238,8
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	368,4	371,2
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	646,6	651,5
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	823,9	830,1
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	826,6	832,9
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2020 (Basis: Jahresdurchschnitt 2020 = 100) für den Kalendermonat April 2023 beträgt 119,7 (vorläufige Zahl) und ist gegenüber dem Vormonat um 0,9 Punkte (+ 9,7 % gegenüber dem Vorjahr) gestiegen. Siehe auch Statistik Austria https://www.statistik.at/fileadmin/pages/214/2_Verbraucherpreisindizes_ab_1990.ods</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck